

## *Sehr geehrte Mitglieder und Freunde,*

auf unserer Festveranstaltung zum Weltbehindertentag konnte ich ein gemischtes Resümee ziehen. Vielleicht trifft ein Zitat von Novalis auf unsere gegenwärtige politische Situation im Land, auch nach 200 Jahren immer noch zu:  
„Alles ist gut, nur nicht überall, nur nicht immer, nur nicht für alle.“

Besonders habe ich mich gefreut, dass sich so viele auf den Weg in das Hotel „Am Ring“ gemacht haben, um zusammen mit Freunden und Mitstreitern unseren Ehrentag zu feiern. Das ist wirklich ein schöner Abschluss in diesem Jahr. Unser Zusammenhalt ist wichtig, weil wir immer mehr unter Druck geraten. Denn in der gegenwärtigen politischen Krise ist die Behindertenpolitik in Bund und im Land MV kein Thema und wir müssen immer mehr Abwehrkämpfe machen.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Gröhe, erklärt zum Weltbehindertentag in einer Presseinformation: „Menschen mit Behinderungen sind in Entwicklungsländern besonders von Armut, mangelnder Teilhabe und Ausgrenzung betroffen. Ihr Zugang zu Bildung, zu Gesundheit, zu sozialer Sicherung und zum Arbeitsmarkt ist vielfach eingeschränkt. Bisweilen wird er ihnen vollständig verwehrt. Für viele Menschen mit Behinderungen ist damit ein auskömmliches Leben kaum möglich.

Die Weltgesundheitsorganisation und die Weltbank schätzen, dass auf der Welt eine Milliarde Menschen mit Behinderungen leben, die große Mehrzahl davon in Entwicklungsländern. Gemessen an den Ressourcen und dem Lebensstandard in Deutschland trifft diese Einschätzung wohl auch hier zu Lande zu. Aber das blendet, Herr Gröhe und Andere, aus der politischen Debatte in Deutschland, lieber aus.

Wir fordern eine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen. Denn auch zehn Jahre nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland ist die Lebenslage für viele von ihnen hierzulande prekär. Aufgrund fehlender Barrierefreiheit gibt es viele strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, beim Wohnen, im ÖPN-Verkehr, in der Bildung bei der Partizipation. Gleichfalls bestehen viele soziale und kommunikative Barrieren sowie Strukturen der Ausgrenzung.

Das Bedürfnis von marginalisierten Gruppen nach gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Anerkennung wird benutzt, um sie zu diskreditieren und daraus „politisches Kapital“ zu schlagen; tatsächliche Wertschätzung von Diversität in der Gesellschaft sieht jedoch anders aus. Die oberflächliche Behandlung der Anerkennungskämpfe marginalisierter Gruppen dient dazu, die diskriminierenden Strukturen nicht verändern zu müssen.

So nahmen z.B. die Probleme von Katzen im Nordmagazin in der Berichterstattung, am 3. Dez. mehr Raum ein, als die Probleme von „Behinderten“!  
Es wird der viel beschworene Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik, von der Bevormundung, hin zur selbstbestimmten Teilhabe, weder in den Medien noch in der Öffentlichkeit diskutiert und auch nicht, durch die Politik vollzogen.

Einige haben vielleicht gedacht, dass von den 27500 Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern in Behindertenhilfeeinrichtungen leben müssen, bei der Umstellung auf personenzentrierte Leistungen, einige tausend in die Freiheit, in die eigene Häuslichkeit, entlassen werden könnten, aber gefehlt. Die individuellen Lebensentwürfe und Zielvorstellungen der Menschen mit Behinderung, sind eben gerade nicht Grundlage

und Orientierung im „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ in Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Anhörung am 28. August im Landtag stritten sich Leistungserbringer und Leistungsträger vorrangig ums Geld. Das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten spielte dabei keine Rolle. Und weil sie sich bis heute über die Kosten nicht einig werden konnten, haben das Land und die zuständigen Sozialhilfeträger den Landes-Rahmenvertrag bis heute immer noch nicht unterzeichnet.

Sehr geehrte Mitglieder, unsere Jugend demonstriert jeden Freitag.

Mutter Erde weint, denn ihre Kinder sind voller Gier.

Der Klimawandel und die Umweltverschmutzung gehen uns alle an, schon heute hat er Auswirkungen auf die Gesundheit. Die Luftverschmutzung ist eines der größten Gesundheitsprobleme unserer Zeit und davon sind wir ja besonders betroffen.

Mit den extremen Wetterlagen wie Hitzewellen steigt das Risiko für Überhitzung, Herzinfarkte und Infektionen, auch in MV.

Hinzu kommt die medizinische Unter- und Fehlversorgung im Land.

Eine Sensibilisierung der Ärzte für Patienten mit Behinderungen ist längst überfällig.

Um der Klimakrise sowie den sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen entgegenzutreten, fordert der Paritätische, endlich einen gerechten und konsequenten Klimaschutz in Deutschland. Das können wir, denke ich, alle unterstützen.

Auch mit diesen Fragen werden wir uns zukünftig verstärkt beschäftigen müssen, denn die Umwelt-Belastungen gehen doch an keinem spurlos vorbei.

Ich habe mal zwei Beiträge zu dieser Problematik in dieses Infoheft eingestellt.

Hier kann man lesen, besonders im Artikel zur E-Mobilität, wie mit Richtlinien und Gesetzen, die Bürger ausgetrickst und die Autolobby und Energiekonzerne begünstigt werden, fast wie beim Bundesteilhabegesetz, bloß hier sind die Begünstigten die Wohlfahrtslobby. Der Untersuchungsausschuss im Landtag könnte, den Sumpf bei AWO und Co ganz einfach trockenlegen, wenn sie die Geldströme aus der Eingliederungshilfe, an die behinderten Menschen, die bisher klein, arm und abhängig gehalten werden, einfach umleiten. Zum Beispiel in ein Landesteilhabegeld, hiermit könnte man die Selbstbestimmung von Leistungsempfängern stärken, deren Nachteile ausgleichen sowie die Sondersysteme abbauen und gleichzeitig den Wohlfahrtslobbyisten den Geldhahn zudrehen.

Sehr geehrte Mitglieder, im nächsten Jahr plant der Sozialausschuss des Landtages am 5. September einen Tag der Menschen mit Behinderungen, das wäre dann nach fast genau 10 Jahren der 2 Aktions-Tag. Immerhin, aber diesmal bestimmt der Sozialausschuss des Landtages, unter Regie von Torsten Koplín, die Modalitäten! Partizipation wird uns nicht zugestanden!

Am 27. Januar findet der „Holocaust-Gedenktag“ in Güstrow im Dom und im Landratsamt statt. Die Veranstaltung ist barrierefrei erreichbar. Ich würde mich freuen, wenn Sie am Gedenken teilnehmen. Falls Sie Unterstützungsbedarf haben, wenden Sie sich bitte an unsere Kontakt- und Beratungsstelle in Neubrandenburg.

Wenn dieses Infoblatt vorliegt, geht es tatsächlich schon wieder auf Weihnachten und den Jahreswechsel zu. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung und für das Vertrauen, dass Sie mir in diesem Jahr entgegengebracht haben.

Ich wünsche Ihnen ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Mit den besten Wünschen und in der Hoffnung, dass Sie Ihre Selbstbestimmung und Würde auch 2020 erhalten können, verbleibe ich

herzlichst Ihr Peter Braun, 08.12.2019